

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechseckige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreieckige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig.
Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 125

Dienstag, den 19. Oktober

1926

Abbruch der Koalitionsverhandlungen in Preußen.

✦ Berlin. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtage gibt über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen folgende offizielle Verlautbarung bekannt: „Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei sieht nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen und der Regierungsparteien die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung als abgebrochen an.“

Die Auffassung der Regierungsparteien.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Regierungsjahre hat eine Verstärkung durch die Koalitionsparteien erfahren, die die Beschlußfassung der Volkspartei in vollem Umfange rezeptiv ist. Der preussische Ministerpräsident Braun hat einem Mitglied der Deutschen Volkspartei erklärt, daß alle drei Parteien grundsätzlich bereit seien, über die Erweiterung der Regierungsbasis zu verhandeln, jedoch seien

in bezug auf den Zeitpunkt beratiger Verhandlungen Bedenken

laut geworden. Im jetzigen Augenblick habe man es nicht für geeignet gehalten, beratige Verhandlungen zu führen, vor allem angesichts der erregten Stimmung, die durch die Debatten über den Hohenzollernvergleich geschaffen worden ist. Man erwarte es für zweckmäßiger, diese Besprechungen zu gelegener Zeit zu führen, und er sei seinerseits von den Regierungsparteien ersucht worden, die Verhandlungen Anfang November wieder aufzunehmen. Der Ministerpräsident stellte dem Vertreter der Deutschen Volkspartei in Aussicht, daß er dann wieder an die Deutsche Volkspartei herantreten werde.

Der Reichspräsident in Braunschweig.

Herzlicher Empfang.

✦ Braunschweig. Reichspräsident von Hindenburg traf am Freitag in Braunschweig ein. Die alte Welfenstadt Braunschweig hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen herzlichen Empfang bereitet. Alle Häuser standen im Schmuck von Fahnen. Eine dicht gedrängte Menschenmenge hielt trotz des Regens die Straßen umfüllt, durch die der Reichspräsident kommen sollte. Reichspräsident von Hindenburg wurde von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums, Minister Marquardt, empfangen. Die Tochter des Ministers überreichte mit einem Gedicht einen Blumenstrauß.

Auf der

Fahrt durch die Stadt

wurde der Reichspräsident überall auf das herzlichste begrüßt. Er dankte aus dem offenen Wagen. Während der Fahrt kreuzten drei Flugzeuge über der Stadt. Am Schloß hatten die Veteranen der Kriege von 1864 bis 71 Aufstellung genommen. Der Ehrengast begrüßte sie und richtete an verschiedene von ihnen herzliche Worte.

Fanfarenkörpe vom Rathausum erklangen, als der Reichspräsident sich zum Empfang durch die städtischen Behörden ins Rathaus begab. Oberbürgermeister Trautmann rief dem Reichspräsidenten ein herzliches Willkommen zu. Reichspräsident von Hindenburg dankte für die Begleichung herzlich. Er freute sich, wieder einmal in Braunschweig zu sein. Wir müssen Einigkeit schaffen, so betonte er, müssen Hand in Hand gehen, daß unser Vaterland wieder geehrt und zur Machtstellung gelangt. Reichspräsident von Hindenburg begab sich darauf zu Fuß nach dem Dom und in die Burg Dankwarderode, wo weitere Empfänge stattfanden. Am Montag wird der Reichspräsident wieder nach Berlin zurückkehren.

Der Hohenzollernvertrag angenommen.

Unter ungeheuren Sämpfen, die die Kommunisten veranlaßten, verurteilte der Reichspräsident die Resolution der Gesamtabstimmung über die Hohenzollernvorlage: Das Gesetz ist angenommen worden. Ein furchtbarer Sturm legte bei den Kommunisten ein, während auf der rechten Seite die Stimmen erklangen. Der kommunistische Abgeordnete Sobotta, begleitet von einigen seiner Genossen, schreie zum Tisch des Hofes, ergriff ein Altentzündet, um damit zu werfen.

Bei der Schlussabstimmung über die Gesamtvorlage des Hohenzollernvergleichs wurden 258 Stimmen mit Ja, 37 mit Nein abgegeben, 65 Zettel lauteten auf Stimmenthaltung.

Das Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister wurde mit 206 gegen 39 Stimmen bei 140 Enthaltungen abgelehnt, das gegen den Innenminister bei 206 gegen 114 der Deutschnationalen, Wölfischen und Kommunisten und bei 35 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei; die Wirtschaftspartei hatte nur bei dem Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett weiße Karten, d. h. Enthaltungen, abgegeben.

Der belgische Außenminister über Deutschland.

✦ Brüssel. Der belgische Außenminister, Vandervelde, empfing die Vertreter der ausländischen Presse. Er bedauerte zunächst, daß es noch viel zu viele Belgier und Franzosen gebe, die glaubten, Deutschland wolle einen Neuanfang machen. Es gebe aber auch noch zu viele Deutsche, die der Meinung seien, daß die Franzosen am Rhein bleiben wollten.

Auf Eupen und Malmedy eingehend, erklärte der Minister, daß diese Gebiete nicht Gegenstand einer Erweiterung sein könnten, solange Deutschland seiner Kriegsverpflichtungen aus der Kriegszeit her nicht nachgekommen sei. Deutschland habe noch immer viele Verpflichtungen Belgien gegenüber zu erfüllen. Belgien könne auch die Leiden des Krieges nicht vergessen. Er glaube jedoch, daß der Tag kommen werde, an dem die Fragen der Reparationen und der interalliierten Kriegsschulden revidiert werden müßten.

In Thoiry sei die Revision des Dawes-Planes nicht Gegenstand der Besprechung gewesen, sondern man habe sich in der Hauptsache über die Eisenbahnobligationen der Deutschen Reichsbahn unterhalten.

Bandervelde gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß nach erfolgter Abwicklung die Errichtung eines Bundes der europäischen Staaten möglich sein werde. Der Rütiritt sei der beste Beweis für eine friedliche gesinnete Mehrheit in Deutschland. Die Reichswehr habe den Versuch gemacht, sich den Abrüstungsverpflichtungen zu entziehen, so daß die Alliierten immer ein wachsameres Auge auf sie hätten richten müssen. Wenn Deutschland abgerüstet habe, würden die anderen Länder diesem Beispiel folgen.

Das Kabinett Kamel zurückgetreten.

Wien. Am Freitag nachmittag ist in Wien das Kabinett Kamel zurückgetreten.

Im Eidergebiet 16 000 Hektar überschwemmt.

Reudsburg. Die durch die Sturmflut im besonders schwer betroffenen Gebiet der Eider in Schleswig-Holstein angerichteten Schäden lassen sich erst jetzt in ihrem ganzen Umfange übersehen. Im Kreise Reudsburg sind rund 5 000 Hektar, im Kreise Norddithmarschen rund 6 000 Hektar, im ganzen Eidergebiet schätzungsweise 16 000 Hektar überschwemmt. Der Eiderdeich ist von Reudsburg bis Hohn an etwa 20 Stellen durchbrochen. Drei Bruchstellen haben eine Länge von über 100 Meter. Friedrichsholm und Friedrichsgraben stehen völlig unter Wasser.

Fortschritt in der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Neumünster. Der Landesverein für innere Mission in Schleswig-Holstein hat zum Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine gemeinnützige Landeskulturheim-G.m.b.H. ins Leben gerufen, die etwa 300 Erwerbslose aus den Städten auf einem Landgute mit Meliorationsarbeiten beschäftigen wird.

Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn.

Zwei Tote.

Waldniel. An dem Bahnübergang Biergen, wo sich keine Schranke befindet, ist ein Lastkraftwagen mit einem Anhänger von einem in Richtung Waldniel abfahrenden Personenzug erfasst worden. Der schwer beschädigte Kraftwagen wurde vom Zuge etwa 50 Meter mitgeschleift, während der Anhänger liegen blieb. Der Kraftwagen geriet in Brand, wobei der Führer und der Mitfahrer verbrannten. Sie konnten nur als völlig verkohlte Leichen geborgen werden.

Vorauszahlungen auf Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer im Oktober.

Berlin. Am 11. Oktober waren die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer für das dritte Kalendervierteljahr (Juli bis September) fällig. Der innerhalb der Schonfrist, also bis Montag, den 18. Oktober, einschließlich, zahlte, ist von Zuschlägen frei. Die Vorauszahlung richtet sich grundsätzlicher nach dem zuletzt zugestellten Steuerbescheid, d. h. sie beträgt, wenn nicht im Bescheid etwas anderes mitgeteilt ist, ein Viertel der Steuerlast für 1925. Nur die wenigen Steuerpflichtigen, die bis zum 18. Oktober den Einkommen- und Körperschaftsteuerbescheid noch nicht erhalten haben, müssen die Vorauszahlungen nach der zweiten Steuerneuerordnung und nach dem Steuerüberleitungs-gesetz, in der Regel also nach den Betriebsmaßnahmen (Umsatz) oder dem Vermögen leisten. Landwirte leisten ihre Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuer erst am 15. November.

Wahlrecht für die Auslandsdeutschen.

Abneigung in Kreisen der Reichsregierung.

✦ Berlin. Von verschiedenen deutschen Kolonien im Ausland ist neuerdings der Wunsch geäußert worden, das Wahlrecht zum Reichstag zu erhalten. Wie dazu von amtlicher Seite verurteilt, ist der Vorschlag, den Auslandsdeutschen das Wahlrecht zum Reichstag zu gewähren, wiederholt schon Gegenstand ernster Erwägungen der Reichsregierung gewesen.

Die Wahlgesetzvorlage vom Jahre 1920 sah die Bewirkung des Auslandswahlrechts vor. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hielt indessen eine Regelung der Auslandswahlen nicht für richtig. Der Gedanke, den Auslandsdeutschen ein Wahlrecht zum inländischen Reichsparlament einzuräumen, hat auch im neueren Verfassungsvorschlag anderer Kulturstaaten keinen Vorgang. Man geht u. a. insbesondere davon aus, daß durch die Stimmgabe im Ausland die notwendige Einheitlichkeit des Auslandsdeutschtums in Frage gestellt wird. Auch stehen bei der großen Zahl der über die ganze Welt verteilten Auslandsdeutschen technische Bedenken und Einwände mangelhafter Unterrichtung entgegen. In dem Referentenentwurf zum endgültigen Reichswirtschaftsrat ist vorgesehen, dem Auslandsdeutschtum eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat einzuräumen.

Im März voraussichtlich Völkerbundratstagung in Berlin.

Die nächste Tagung wieder in Genf.

✦ Berlin. Nach einer Vereinbarung, die am Schluß der Verhandlungen des Völkerbundrates Ende September in Genf getroffen ist, findet die nächste Tagung des Völkerbundrats nicht, wie man zeitweise in Genf vermutete, in Berlin, sondern Mitte Dezember in Genf statt. Es ist möglich, daß die nächste Tagung des Rats im März in Berlin abgehalten wird.

Sollte Berlin als Tagungsort des Völkerbundrats für März gewählt werden, so wird der deutsche Außenminister als Vertreter des Deutschen Reiches wahrscheinlich in dieser Tagung des Rats den Vorsitz führen, während an sich der

Vorsitz Deutschlands in der Dezemberberatung

in Frage kommt, da die alphabetische Reihenfolge für diese diplomatische Frage maßgebend ist. Deutschland hätte den Vorsitz bereits im September beantragen können, nachdem ein neuer Völkerbundrat gewählt war, hat aber auf diesen Vorsitz verzichtet, weil es als Mitglied neu in den Rat getreten war und weil gewisse technische Voraussetzungen für die Führung der Geschäfte des Vorsitzenden nicht gegeben waren. Wenn der Völkerbundrat sich im März in Berlin ver sammeln sollte, wird der Kongressaal der Reichstanzlei zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten der Ratstagung fallen nicht Deutschland, sondern dem Völkerbund zu.

Braunschweigs Vertrauen auf Hindenburg.

Der Reichspräsident maßt zur Einigkeit.

✦ Braunschweig. Anlässlich des Besuches des Reichspräsidenten in Braunschweig fand in den herzoglichen Gemächern des Schlosses ein Festabend statt, bei dem 800 braunschweigische Sängere des Reichspräsidenten eine Serenade darbrachten. Danach nahm der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Marquardt, das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Seit langem war es der Wunsch der braunschweigischen Regierung, das Oberhaupt des Deutschen Reiches im braunschweigischen Lande und in den Mauern der alten Welfenstadt begrüßen zu können. Schwere Jahre liegen seit dem Ende des großen Weltkrieges hinter uns. Oftmals beschließen auch den Zuversichtlichsten Zweifel, ob es dem deutschen Volke gelingen würde, aus aller inneren Zerrüttung und äußeren Bedrängnis sich herauszurufen. Aber neue Zuversicht empfinden wir, wenn unsere Blicke sich auf Ihre mannhafteste, aufrechte Gestalt lenken. Ein festeres

Gefühl des Geborgenseins

erfüllt uns, da in Ihrer Hand das Steuer des Reichs schiffes liegt. Die Tatsache, daß Deutschlands bester Mann sich in schwerster Zeit dem Vaterlande nicht verlor, ist Würdigung für den Aufstieg unseres geliebten Vaterlandes zu neuer Blüte. Braunschweigs Volk entbietet Ihnen seinen ehrfurchtsvollsten Gruß. Es dankt Ihnen aus tiefstem Herzen dafür, daß es aufsehen kann zu einem Führer echter, redlicher Größe.

Auf die Rede des Ministers Marquardt antwortete der Reichspräsident mit folgenden Worten:

Gern vernehme ich Ihnen, daß ich in der

Erhaltung der geschäftlich entstandenen Eigenart